

Wer mitbestimmen kann, geht lieber zur Schule

20.06.2022; Die Pädagogische Hochschule St.Gallen (PHSG), die Pädagogische Hochschule Vorarlberg und die Zeppelin Universität in Friedrichshafen haben gemeinsam 3000 Jugendliche im Sekundarschulalter zum Thema Partizipation an der Schule befragt. Dabei hat sich gezeigt, dass die Mitbestimmung einen positiven Effekt auf das Interesse der Schülerinnen und Schüler am Unterricht hat.

Bildungseinrichtungen bestimmen heute teilweise bis ans Ende des dritten Lebensjahrzehnts den Alltag von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die Institution Schule beeinflusst damit während einer langen und tendenziell noch länger werdenden Zeit die Erfahrungen, Lebenswelten und die Persönlichkeit von jungen Menschen. Aus diesem Grund ist es wichtig, Kinder und Jugendliche in der Schule im Rahmen der politischen Bildung auf die spätere Teilhabe am demokratischen Leben vorzubereiten. Gleichzeitig muss die Schule als Lebens- und Arbeitsort verstanden werden, an dem die Regeln eines demokratischen Zusammenlebens aktiv praktiziert werden.

Positive Erfahrungen von Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Schule sollen die demokratische Haltung von Kindern und Jugendlichen fördern. «Wir gingen im Projekt davon aus, dass demokratische Grunderfahrungen erlebbar werden, indem gelernt wird, die eigenen Anliegen und Interessen zu artikulieren und mit diesen ernstgenommen zu werden», sagt Prof. Dr. Michael Beck, Leiter Institut Bildung & Gesellschaft an der PHSG. Dadurch sollen die Kinder und Jugendlichen die Regeln und Formen eines demokratischen Miteinanders verinnerlichen, damit sie auch im Erwachsenenalter ihr Verhalten an demokratischen Prinzipien orientieren.

3000 Jugendliche aus drei Ländern befragt

Um Möglichkeiten, Bedingungen und Folgen von Partizipation in der Schule zu untersuchen, hat die PHSG zusammen mit der Pädagogischen Hochschule Vorarlberg sowie der Zeppelin Universität in Friedrichshafen ein von der Internationalen Bodensee-Hochschule (IBH) gefördertes Projekt durchgeführt. Dabei wurden rund 3000 Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I in der Ostschweiz, in Vorarlberg und in Baden-Württemberg anhand eines Fragebogens befragt. Diese Befragung wurde mit Interviews in den Schulen ergänzt, um vertiefte Erkenntnisse zu den dort vorhandenen Partizipationsformen zu gewinnen.

Die Untersuchung hat gezeigt, dass 4 von 5 Schülerinnen und Schülern im Freundeskreis sehr hohe Möglichkeiten der Mitbestimmung sehen. Immerhin noch ein Drittel ist der Ansicht, auch in der Schule mitbestimmen zu können, wobei die wahrgenommene Beteiligung in der Schule in der Ostschweiz etwas höher ist als in Vorarlberg und Baden-Württemberg. Die Studie hat zudem ergeben, dass Mädchen und Buben, die in der Schule mitbestimmen dürfen, lieber zur Schule gehen und mehr Interesse für den Schulstoff zeigen. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn die Schülerinnen und Schüler auch bei der Auswahl der Unterrichtsthemen ein Mitbestimmungsrecht haben.

Insgesamt gesehen ist Mitbestimmung in der Schule zwar möglich, betrifft aber dort, wo sie stattfindet, meist organisatorische Aspekte wie Sitzordnungen oder Klassenreisen. «Dabei zeigen sich vor allem auch dann positive Effekte auf die Freude am Schulbesuch und dem Interesse am Unterricht, wenn die Schülerinnen und Schüler auch die Möglichkeit haben, Unterrichtsthemen selbst zu gestalten», sagt Prof. Dr. Michael Beck.

Kompass für Schulen und Lehrpersonen

Die Daten wurden in den Jahren 2019 bis 2021 erhoben. Daraus erstellte die Autorenschaft zum einen eine wissenschaftliche Publikation, welche vermutlich Ende 2022 als Buch erscheinen wird. Zum anderen wurden die wichtigsten Ergebnisse zu einem Partizipationskompass zusammengestellt, der Schulen und Lehrpersonen über mögliche Formen, Bedingungen sowie Konsequenzen von Partizipation in der Schule informiert. Zwar gilt politische und demokratische Bildung in der Schweiz weder als Fach noch bekommt sie eine Stundendotation, sie ist aber im Lehrplan 21 verankert. «Schulische Partizipation hat nach unseren Daten einen Einfluss auf die selbsteingeschätzte politische Kompetenz von Schülerinnen und Schülern. Wenn man davon ausgeht, dass die politische Selbstwirksamkeit das konkrete Zugehörigkeitsgefühl zur Gemeinschaft und das Vertrauen in die Legitimation demokratischer Entscheidungsprozesse stärkt, so kann Partizipation in der Schule einen wertvollen Beitrag liefern», sagt der Leiter des Instituts Bildung & Gesellschaft an der PHSG.

Anfragen

Pädagogische Hochschule St.Gallen

Kommunikation, Telefon: +41 71 243 94 44, E-Mail: communication@phsg.ch

Pädagogische Hochschule St.Gallen (PHSG)

Der Kernauftrag der Pädagogischen Hochschule St.Gallen (PHSG) liegt in der Ausbildung von Studierenden zu Lehrpersonen der Volksschule und der Berufsbildung. Die Institution beschäftigt rund 550 Mitarbeitende. Derzeit studieren über 1'400 Personen an der PHSG.

Nebst den Bereichen Ausbildung und Berufseinführung bietet die PHSG ein umfassendes Angebot an pädagogischer Weiterbildung und Beratung. Die fünf Regionalen Didaktischen Zentren bieten angehenden und amtierenden Lehrpersonen sowie Schulen Impulse für die Weiterentwicklung des Unterrichts. Die innovativen Lernarrangements werden jährlich von etwa 9'000 Schülerinnen und Schülern sowie erwachsenen Personen besucht.

Mit ihrem Engagement in Bildungsforschung, Entwicklung und Beratung leistet die PHSG zusätzlich einen Beitrag zur wissenschaftlichen Klärung von schulischen Fragen. Der Campus der PHSG erstreckt sich über vier Hochschulgebäude an den Standorten St.Gallen, Rorschach und Gossau. Mit den Hochschulgebäuden Marienberg und Stella Maris in Rorschach sowie dem Hochschulgebäude Hadwig in St.Gallen verfügt sie über drei Gebäude mit historischer Bedeutung.